

Fr. 12.8.2011

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

5

Mehr Hilfe für Jugendprojekte gefordert

Sozialministerin Özkan
setzt sich in Berlin ein

VON MARINA KORMBAKI

Hannover. Die niedersächsischen Grünen fordern von der Landesregierung mehr Einsatz für den Erhalt der Jugendwerkstätten im Land. „Niedersachsens Regierung muss hier umgehend eine Korrektur der unsinnigen Sparvorgaben beim Bund durchsetzen“, sagte am Donnerstag Enno Hagenah, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. Die vor zwei Monaten gefassten Sparpläne von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen sehen die Senkung der Zuschüsse für Ein-Euro-Jobs vor – die 103 niedersächsischen Jugendwerkstätten sind von den Kürzungsplänen deshalb betroffen, weil sie Jugendliche über Ein-Euro-Job-Verträge auf eine Ausbildung vorbereiten. Caritas und Diakonie, in deren Trägerschaft sich der Großteil der Jugendwerkstätten befindet, hatten zuletzt wiederholt auf die Existenznöte der Werkstätten hingewiesen, wenn die Sparpläne des Bundes wie geplant im April 2012 in Kraft treten.

Den Vorwurf der Tatenlosigkeit wies die Landesregierung gestern zurück. Sozialministerin Aygül Özkan sei bereits aktiv geworden, um gegenüber dem Bund deutlich zu machen, wie wichtig eine bundesweite Fortsetzung der Förderung von Jugendwerkstätten ist, sagte Özkans Sprecher Thomas Spieker: „Um eine Schlechterstellung der Jugendwerkstätten zu verhindern, hat sich die Landesregierung im Juni über den Bundesrat dafür eingesetzt, dass Arbeitsgelegenheiten für junge Menschen erhalten bleiben.“ Özkan sei in dieser Frage im Gespräch mit dem Bundesministerium, der Bundesagentur für Arbeit und den kommunalen Spitzenverbänden. Über das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ will der Bundestag im Oktober beraten.

Die Gefährdung der Jugendwerkstätten ist eine Nebenwirkung des Vorstoßes aus dem Bundesministerium, die Förderung der umstrittenen Ein-Euro-Jobs zu mindern. Denn die Idee, Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen über Ein-Euro-Jobs fit für den Ausbildungsmarkt zu machen, ist eine niedersächsische Besonderheit. In den übrigen Bundesländern schöpft man für ähnliche Projekte aus anderen Fördertöpfen.